UNIONCORN

Debattenmagazin der LSU in Niedersachsen



September 2020



Der Zusammenhalt

bröckelt...

Polen und Ungarn stellen die Grundwerte

der Europäischen Union in Frage, aber die EU

hält entschieden dagegen – Seite 4 bis 10



Doch noch keine Anerkennung der LSU

Der Parteitag der CDU wird verkürzt, Programm und Satzung müssen warten

Seite 11

Andersraum kommt stärker aus der Krise

Verein erfreut sich zahlreicher Mitglieder, nächstes Projekt ein Besuchsdienst?

Seite 12

Eine erfolgreiche digitale CSD-Saison 2020

Bundesweit erfuhr die LSU viel Unterstützung aus der Union für ein digitales Format

Seite 13



ie europäische Wertegemeinschaft ist eine Gemeinschaft der Freiheit, der Demokratie, der Menschenrechte, der sozial verpflichteten Marktwirtschaft und der kulturellen Vielfalt." Was für den ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog so selbstverständlich war, scheint heute mehr denn je bedroht. Ironischerweise kommt die Bedrohung dabei nicht so sehr von außen, als vielmehr aus dem innersten Kern der "europäischen Wertegemeinschaft".

Das Vereinigte Königreich hat sich bereits verabschiedet und steht nun auch noch kurz davor, völkerrechtswidrige Beschlüsse zu fassen. Populistische Parteien sind überall in Europa erstarkt und beschwören eine vermeintlich glorreiche Vergangenheit herauf, die es so allerdings nie gegeben hat. Eine einheitliche Außen-, Militär-, Steuer- oder Flüchtlingspolitik scheint in weiter Ferne und scheitert in der Gegenwart allzu oft am Mehrheitsprinzip – selbst die größte Errungenschaft, ein Europa ohne Grenzen, steht manchem zur Disposition.

"Dieses Europa darf keine Festung werden, in der wir uns vor den anderen abschotten. Es muss offen sein." Hat dieser Wunsch des europäischen Ehrenbürgers Helmut Kohl noch Gültigkeit? Sind die jahrhundertelangen Leiden an Krieg und Verfolgung in Europa schon zu lange her und in Vergessenheit geraten? Ist die vielbeschworene "Wertegemeinschaft" nur eine Floskel für Sonntagsreden vor Flagge und Blumengesteck?

Mit dem Kampf um die Werte der EU beschäftigen wir uns im aktuellen "Unioncorn" und versuchen mögliche Bruchstellen der Europäischen Union wie etwa in Polen ebenso aufzeigen, wie Initiativen zur Verhinderung von Rissen. Ich will diesmal gar nicht einzelne Artikel herausgreifen, sondern lege das gesamte Magazin ans Herz. Denn: "Europa ist die Zukunft, jede andere Politik Vergangenheit." (Roland Dumas)

»Dieses Europa darf keine Festung werden, in der wir uns vor den anderen abschotten. Es muss offen sein.«

Dr. Helmut Kohl



Ich wünsche Euch eine anregende Lektüre

Sven Alexander van der Wardt Landesvorsitzender LSU in Niedersachsen



Spahn wird bespuckt

AKK verteidigt CDU-Minister

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) wurde bei Wahlkampfauftritten in Nordrhein-Westfalen bespuckt und schwulenfeindlich beleidigt. Bei den Tätern handelte es sich um Gegner der Corona-Maßnahmen. Die CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer erklärte dazu: "Die Anfeindungen gegen Jens Spahn verurteilen wir aufs Schärfste. Homophobe Beleidigungen und Bespucken sind inakzeptabel und mit nichts zu rechtfertigen."

Seefried verlässt Landespolitik

CDU-Generalsekretär will Landrat werden

Kai Seefried. Generalsekretär der Niedersachsen-CDU, Landtagsabgeordneter und Unterstützer der LSU, strebt in die Exekutive. Wie Seefried Mitte August erklärte, wird er im Herbst 2021 für das Amt des Landrats von Stade kandidieren. Das bedeutet, dass er beim kommenden Landesparteitag auch sein Amt als Landes-Generalsekretär aufgeben wird. In den vergangenen Jahren hat er sich sehr für die Einbindung der LSU eingesetzt.



LSU verschiebt Wahlen

Mitgliederversammlung erst Anfang 2021

Aufgrund der Corona-Beschränkungen wurde die Bundesmitgliederversammlung (BMV) der LSU auf Anfang 2021 verschoben. Der Bundesvorstand beruft sich dabei auf eine Sonderregelung, die der Bundestag in diesem Jahr beschlossen hat. Demnach können Jahresversammlungen bis Ende 2021 verschoben werden – sogar dann, wenn dort eigentlich Vorstandswahlen notwendig wären. Bei der nächsten BMV wird ein neuer Vorstand gewählt. 🐗





Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG): Dr. Sven Alexander van der Wardt, Vorsitzender I SIJ in Niedersachsen alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen c/o Wilfried-Hasselmann-Haus Hindenburgstraße 30 30175 Hannover

Internet: www.lsu-niedersachsen.de Facebook: @LSUinNiedersachsen Instagram: @lsu_niedersachsen



Polen missachtet Grundwerte der EU

Doch die EU bietet den "LSBTI-freien Zonen" die Stirn

s war ein Zeichen des Zusammenhalts, ein Symbol der Solidarität: Am ersten Septemberwochenende fand der allererste grenzüberschreitende deutsch-polnische Christopher Street Day statt. Die Parade zog sowohl durch Frankfurt (Oder) als auch durchs polnische Slubice auf der anderen Seite der Brücke. Mit dabei waren neben rund 800 Teilnehmern auch Vertreter der LSU Berlin und der LSU Brandenburg sowie Frankfurts CDU-Bürgermeister Claus Junghanns.

Warum war diese Demonstration gerade jetzt so ein besonderes Zeichen? Seit geraumer Zeit beunruhigen uns die politischen und gesellschaftlichen Entwick-

lungen in unserem östlichen Nachbarland. Die polnische Regierung scheint den Rechtsstaat auszuhöhlen. Ende vergangenen



Jahres schockierte uns die Meldung von sogenannten "LSBTI- freien Zonen", die in immer mehr Gemeinden Polens nicht etwa von Verrückten ausgerufen, sondern von kommunalen Parlamenten beschlossen wurden.

Per Ratsbeschluss sollte klargestellt werden, dass Lesben und Schwule, Bi-, Trans- oder Intersexuelle (LSBTI) dort nichts zu melden haben. Mit weiteren Beschlüssen sollen nun Förderungen für LSBTI-Projekte gestrichen werden. Die LSBTI-Community in Polen, jeder einzelne dort, der mit seiner sexuellen Identität von der Norm abweicht, wird zurzeit öffentlich attackiert.

Mittlerweile geht es so weit, dass mancherorts CSD-Paraden gar nicht mehr stattfinden dürfen oder gewaltsam aufgelöst werden. Erschütternd waren auch die Bilder von politischen Aktivisten, die von Beamten in Zivil halbnackt aus ihren Privatwohnungen gezerrt wurden.

Profilierung auf dem Rücken der Schwächsten

Wer die Ursprünge der "LSBTI-freien Zonen" verstehen will, muss sich die politischen Konfliktlinien des Landes ansehen. Augenfällig wird eine weitgehende Deckungsgleichheit der Regionen, in denen die nationalkonservative Partei PiS (Recht und Gerechtigkeit) Wahlerfolge wie zuletzt bei der Präsidentschaftswahl verbuchen kann, und den Regionen, die sich zu "LSBTI-freien Zonen" erklärt haben. Sämtliche Resolutionen dieser Art gehen zurück auf die Reaktion der



PiS-Partei von Präsident Andrzej Duda auf die sogenannte "LGBT Charta" des Oberbürgermeisters von Warschau und diesjährigem Präsidentschaftskandidaten Rafal Trzaskowski. Trzaskowski ist dabei allerdings kein linker Ideologe, seine Partei ist die Platforma Obywatelska, die Bürgerplattform. Sie wird gemeinhin als christdemokratische Partei mit liberal-konservativem, volkspar-



Ausgegrenzt: In einem Drittel Polens werden von kommunalen Parlamenten sogenannte "LSBTI-freie Zonen" ausgerufen (großes Bild). Grenzenlos: Anfang September nahmen auch Vertreter der LSU Berlin und der LSU Brandenburg am ersten deutsch-polnischen Christopher Street Day teil. (kleines Bild)

teilichem Profil eingestuft, es ist die Partei von Donald Tusk und Teil der EVP-Familie, der auch CDU und CSU angehören.

In Polen wurde nun im Wahlkampf und auch schon in den vergangenen Jahren ein Kampf heraufbeschworen zwischen den vermeintlichen Bewahrern von Nation und Familie auf der einen Seite und den angeblich gefährlichen Kräften der Modernisierung und der europäischen Einheit. Es ist ein Kulturkampf, in dem die katholischen Wurzeln des Landes teilweise missbraucht werden, um die Reihen zu schließen gegen die vermeintlich Anderen, zum Beispiel eben Lesben und Schwule.

LSU setzt auf Kontakte und Dialog

Seit Beginn des Jahres hat die LSU versucht, mit Anschreiben und anderen Kontakten darauf hinzuwirken, dass sich deutsche Städte und Gemeinden mit der Situation in ihren polnischen Partnerstädten befassen. Ziel war es dabei nicht unbedingt, dass die Partnerschaften aufgekündigt werden, was allerdings teilweise schon passiert war. Die LSU verfolgte das Anliegen, die Bestehenden Kontakte zu nutzen, um konkrete Verbesserungen zu erzielen. Die LSU ging vor Ort recht unterschiedliche Wege, um politischen Einfluss auszuüben. In Niedersachsen kontaktierte die LSU mit der Bitte nach einer klaren Botschaft die CDU-Landtagsfraktion (Reaktionen auch auf Seite 6). Für die praktische Umsetzung nahm LSU-Landeschef Sven Alexander van der Wardt Kontakt zur CDU-Fraktion der einzigen niedersächsischen Gemeinde auf, die eine Städtepartnerschaft mit einer polnischen Kommunen hat, die sich als LSBTI-freie Zone erklärt hatte.

In Hessen etwa hat die LSU mit rund 20 kommunalen CDU-Fraktionen das Gespräch gesucht. Die LSU-NRW adressierte hingegen EU-Parlamentarier. Ende Juni hat Stefan Berger MdEP das Thema in seinem Statement bei der LSU-Aktion "CDU zeigt Flagge" aufgegriffen. In Brandenburg versuchte es die LSU parteiübergreifend und nahm Kontakt zu SPDqueer und QueerGrün auf, um ein breites Bündnis zu schmieden.

Im Saarland hat der LSU-Landesverband den Vorschlag an die CDU-Landtagsfraktion herangetragen, auf die Vorkommnisse in Polen zu reagieren. Es folgte eine Pressemitteilung, die in der Saarbrücker Zeitung und im Saarländischen Rundfunk aufgegriffen wurde. Zudem hat sich der saarländische Europaminister, auch der von der CDU, mehrfach öffentlich zur Lage in Polen geäußert, unter anderem nach der Präsidentschaftswahl im Juli, aber auch zu der Tatsache, dass das Saarland als Bundesland die Partnerregion Podkarpackie in Polen hat, die sich zur LSBTIfreien Zone erklärt hat. Die Saar-LSU hat außerdem mit einem Anschreiben alle Bürgermeister, deren Städte in der Hinsicht kritische Partnerschaften haben, auf das Thema aufmerksam gemacht - etwa Illingen, die Stadt Neunkirchen, der Landkreis Homburg. Die Reaktionen fielen unterschiedlich aus. Die CDU-geführte Stadt Bexbach hat sogar von sich aus eine bereits angebahnte Partnerschaft deswegen fallen lassen.

Herausforderung für die **Europäische Union**

Die Entwicklungen in Polen setzen ganz besonders die Europäische Union unter Druck. Kann man das Polen durchgehen lassen? Als Deutschland im Iuli die EU-Ratspräsidentschaft übernahm, in der es unter anderem auch um die Erarbeitung des mehrjährigen Finanzrahmens der

EU ging, brachte die LSU die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit und LSBTI-Rechten noch einmal auf die Agenda. Öffentlich forderten wir, EU-Gelder nur an jene Staaten auszuzahlen, die die EU-Werte achten.

Es ist ein Glücksfall für die

LSBTI-Community, dass mit Ursula von der Leyen derzeit eine überzeugte Kämpferin für die Rechte von sexuellen Minderheiten an der Spitze der EU-Kommission steht. Nachdem sich in Polen mehr als 50 Kommunen zu LSBTIfreien Zonen erklärt hatten, wies die EU-Kommission sechs Anträge auf Förderung von Städtepartnerschaften zurück. Polens lustizminister bewertete diesen Schritt empört als illegal, woraufhin von der Leyen sich über ihren öffentlichen Twitter-Kanal klar positionierte: "Unsere Verträge stellen sicher, dass alle Personen in Europa die Freiheit haben, zu sein, wer sie sind, zu leben, wo sie möchten, zu lieben, wen sie möchten und so viel Ehrgeiz zu entwickeln, wie sie wollen. Ich werde mich weiter für eine Union der

Am Montag (14. September) befasste sich das EU-Parlament mit der Situation. Unter anderem Maria Walsch, irische Abgeordnete von Fine Gael (EVP) fragte dabei: "Wenn wir nicht gegen Regierungen vorgehen, die LSBTI allein deshalb bestrafen, weil es sie gibt, wofür ist die EU dann da?" 🦺

zen."

»Ich werde mich weiter für eine Union der Gleichberechtigung einsetzen.«

Dr. Ursula von der Leyen EU-Kommissionspräsidentin



CDU und SPD kämpfen für Europa

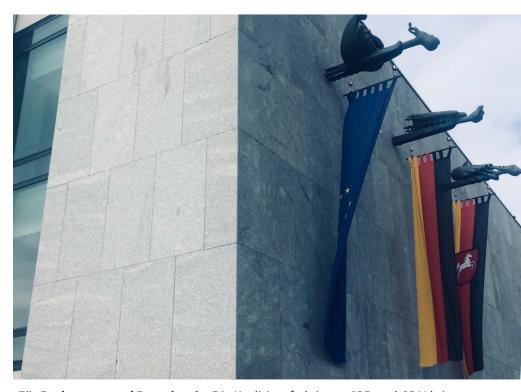
Niedersachsens GroKo fordert Verteidigung der EU-Grundwerte

iedersachsens Große Koalition setzt sich dafür ein, dass die Grundwerte der Europäischen Union künftig besser geachtet und geschützt werden. Am Mittwoch (16. September) wird ein Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen in den niedersächsischen Landtag eingebracht, mit dem SPD und CDU wirksamere Maßnahmen gegen Verstöße von EU-Mitgliedstaaten einfordern. "Die Achtung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind Grundpfeiler der Europäischen Union", heißt es zu Beginn des Antrags. Die Fraktionen stellen darin explizit auf die jüngsten Ereignisse in Polen und Ungarn ab - etwa die Ausrufung LSTBI-freier Zonen in polnischen Gemeinden und Woiwodschaften.

"Mit der Missachtung der Grundwerte gefährden Polen und Ungarn nicht nur den sozialen Zusammenhalt innerhalb der eigenen Landesgrenzen, sondern auch innerhalb der EU", heißt es weiter in dem Entschließungsantrag, den vonseiten der Unionsfraktion der europapolitische Sprecher Dr. Stephan Siemer mit erarbeitet hat.

Konkret sieht der Antrag vor, dass der Landtag die Landesregierung zu sechs Maßnahmen auffordert:

Die Landesregierung soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass ab dem nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen EU-Mittel in bedeutendem Umfang einbehalten werden können, sofern in einem Mitgliedstaat eine schwerwiegende Verletzung der



Für Rechtsstaat und Demokratie: Die Koalitionsfraktionen SPD und CDU bringen einen Antrag zu Achtung und Schutz der europäischen Grundwerte ein.

Grundwerte nicht infrage gestellt wird. Hinzu kommt, dass dazu ein Abstimmungsverfahren eingeführt werden soll, dass Blockaden durch Minderheiten im Europäischen Rat verhindert – gefordert wird also die Abschaffung des Prinzips der Einstimmigkeit.

Expertengremium soll Entwicklung überwachen

Ferner soll die Landesregierung im Ausschuss der Regionen die Bedeutung der europäischen Prinzipien betonen und für ein vehementeres Vorgehen gegen Demokratie- und Rechtsstaatsverstöße werben. Seit Oktober 2019 ist Niedersachsens Europaministerin Birgit Honé (SPD) Sprecherin der deutschen Delegation im Ausschuss der Regionen. Aus der

CDU-Fraktion gehört Clemens Lammerskitten diesem Gremium an. Weiter fordern die Koalitionsfraktionen, dass sich die Landesregierung gegenüber dem Bund dafür einsetzt, dass im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft das Thema Rechtsstaatlichkeit forciert wird. Außerdem schlagen sie ein neu zu bildendes EU-Expertengremium vor, dessen Aufgabe es sein soll, kontinuierlich die Rechtsstaatlichkeit der EU-Mitgliedstaaten zu evaluieren.

In Bezug auf niedersächsische Partnerregionen fordern SPD und CDU, bei einer nachhaltigen Missachtung der EU-Grundwerte den Dialog zu suchen. Bei künftigen Kooperationen dieser Art soll die Einhaltung der EU-Grundwerte als Kriterium mit aufgenommen werden.



»Ich sehe mit großer Sorge, dass in einigen europäischen Ländern die Rechte von LSBTI stark eingeschränkt werden, dass man dort Druck ausübt, beispielsweise in Polen und Ungarn, wo die Situation ganz besonders schlimm ist. Dem sollten wir auch ohne CSD ganz machtvoll entgegentreten. Unsere Solidarität ist dort mit allen Menschen, die betroffen sind. Wir haben euch nicht vergessen!«

Dirk Toepffer, Vorsitzender der CDU-Fraktion Niedersachsen

»Dass das nicht selbstverständlich ist, wie wir leben können, merken wir zum einen durch die Corona-Pandemie. Wir merken das aber auch, wenn wir nach Ungarn oder Polen schauen. Wenn dort LSBTI-freie Zonen errichtet werden, müssen wir als Politik und als Gesellschaft klar Nein sagen. So etwas dürfen wir in unserer freiheitlichen Gesellschaft nicht zulassen.«



Kai Seefried, Generalsekretär CDU in Niedersachsen



»Es ist aus meiner Sicht schier unerträglich, dass wir innerhalb der Europäischen Union die Rechte für Homosexuelle noch nicht in einer Art und Weise realisiert haben, wie das nach den Menschenrechtskonventionen notwendig ist.«

Stephan Albani, CDU/CSU-Bundestagsfraktion

»Dieses Jahr ist alles ein bisschen anders als wir es uns vorgestellt haben. Den CSD wird es leider nicht geben. Aber nichtsdestotrotz soll unser Einsatz für die Ziele und die Werte, die dahinter stehen, nicht untergehen. Auf europäischer Ebene natürlich genau so wenig. Wir verhandeln gerade den Haushalt und für mich ist da ganz wichtig die Verknüpfung mit der Rechtsstaatlichkeit. Da ist ganz klar niedergelegt: der Schutz von Minderheiten.«



Lena Düpont, EVP-Fraktion im EU-Parlament

Eine Allianz mit wachsender Zuversicht!

Fredrik Saweståhl über die European Centre-Right LGBT+ Alliance

ie European Centre-Right LGBT+ Alliance wird in diesem Jahr sieben Jahr alt - womöglich ist das noch kein ausreichender Grund zu feiern doch die wachsende Zuversicht und die wachsende Beachtung, die die Allianz erfährt, sind es. Wie alle anderen auch, haben die Ereignisse des Jahres 2020 auch unsere Arbeit beeinflusst. Das für den Herbst geplante Jahrestreffen in den Niederlanden wurde verschoben, geplante Treffen wurden abgesagt. Aber die politische Arbeit ging weiter und ein großer Schritt wurde genommen mit der offiziellen Anerkennung der Alliance als Nichtregierungsorganisation in Schweden.

Die derzeitige Arbeit begann mit dem Jahrestreffen in Oslo, das vom 24. bis 26. Oktober 2019 stattfand. Unsere norwegischen Gastgeber von Åpne Høyre haben ein interessantes Programm zusammengestellt, inclusive Treffen mit Mitgliedern der Regierung, Abgeordneten, Vertretern der European Pride Organisers Association, einer Tour durch das Parlament sowie einem Austausch mit der norwegischen nationalen Sportbund über deren LSBTI-Arbeit.

Wie immer diskutierten und debattierten wir wichtige politische Fragestellungen, die sich aus den von den Mitgliedern gestellten Anträgen ergaben. In diesem Jahr wurden sieben solcher anträge gestellt, von denen fünf angenommen wurden. Dabei ging es um die Situation von LSBTI in der Russischen Föderation, die Verbesserung der Lebensbe-



Fredrik Saweståhl aus Schweden ist Präsident der European Centre-Right LGBT+ Alliance, dem europäischen Dachverband von Lesben- und Schwulenorganisationen in bürgerlich-konservativen Parteien der EVP-Familie.

dingungen von LSBTI in den EU-Mitgliedstaaten, das Recht auf Freizügigkeit, ein Asyl-Verfahren, das die Rechte von LSBTI-Flüchtlingen berücksichtigt und die Situation von Kindern aus Regenbogenfamilien.

Drei dieser Anträge wurden veröffentlicht und auf den Kanälen der Alliance verteilt, beziehungsweise in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen übersetzt und in nationalen Medien publiziert. Ein Thema konnte im EU Observer platziert werden.

Der Vorstand nutze die Wahl der neuen EU-Kommission, um in einem öffentlichen Statement zu gratulieren und die neuen EU-Kommission unsere Gedanken zu den dringendsten LSBTI-Themen mit auf den Weg zu geben.

Die sich verschlechternde Situation für die LSBTI-Community in Polen war Inhalt zweier öffentlicher Verlautbarungen und erzielte mediale Beachtung in mehreren Ländern. Als Antwort auf mehrere Gemeinden in Polen, die sich selbst zu LSBTI-freien Zonen erklärt haben, wurde ein Brief verfasst und durch unsere Mitgliedsorganisationen an jene Gemeinden versandt, die Partnerstädte in den betroffenen Regionen haben, mit der Bitte, dieses Thema mit der polnischen Partnergemeinde aufzugreifen. Dies stieß auf positive Resonanz in den Gemeinden unserer Länder und ebenso in den Medien. wobei ein Fernsehbeitrag in den Niederlanden ein Highlight war.

Ebenso reagierte der Alliance-Vorstand auf die Situation von Transsexuellen in Ungarn und veröffentlichte dazu ein Statement. In Ungarn hat die Regierung die rechtliche Möglichkeit zurückgenommen, den Geschlechtseintrag auf Geburts- und anderen Dokumenten zu ändern.

Stärkere Verankerung in der EVP

Zum IDAHOBIT am 17. Mai veröffentlichte die Alliance eine gemeinsame Stellungnahme mit den LGBTI Liberals of Europe (Liberale/ALDE) und Rainbow Rose (Sozialdemokraten/S&D).

Die Alliance kooperiert in einem informellen Netzwerk – LGBTI Political Network of Europe – mit den LGBTI Liberals of Europe und Rainbow Rose (PES). Vertreter der Grünen-Parteifamilie wurden ebenso eingeladen. Neben mehreren Videokonferenzen kam das Netzwerk zu einem physischen Treffen in Brüssel am 6. Februar zusammen - noch bevor wir alle mehr oder weniger zuhause bleiben mussten. Am selben Tag traf sich die Alliance auch mit dem stellvertretenden Generalsekretär der EVP-Fraktion. Christian Kremer (CDU), um zu besprechen, wie die Verbindungen mit der Europäischen Volkspartei weiter intensiviert werden können.

Es fand eine Konferenzschalte mit dem Koordinator der LGBTI-Intergroup des Europäischen Parlaments statt. Mit einem Brief bedankte sich die Alliance bei den EVP-Abgeordneten, die sich der Intergroup angeschlossen und Mitarbeit angeboten haben. Während des Sommers kontaktierte die Alliance zudem weitere Abgeordnete und konnte immerhin drei von ihnen überzeugen, sich der Gruppe anzuschließen.

Mitte-Rechts-Politiker beim World Pride

Ein Wissenschaftler vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), der einen Bericht über die Möglichkeiten und Hindernisse im Hinblick auf politische Einflussnahme durch LSBTI verfasst, führte ein Interview mit dem Alliance-Präsidenten und weiteren Mitgliedern, die das Thema aus einer Mitte-Recht-Perspektive beleuchteten.

Die Organisatoren des World Pride 2021 in Kopenhagen und Malmö haben Kontakt zur Alliance aufgenommen und die Möglichkeit geboten, Politiker des Mitte-Rechts-Spektrums vorzuschlagen, die zur Menschenrechtskonferenz anlässlich des World Pride eingeladen werden sollen. Die Alliance gab außerdem Anregungen für inhaltliche Programmpunkte beim World Pride. Wir diskutieren weitere Möglichkeiten für Alliance, sich beim World Pride einzubringen, und werden in diesem Winter konkreter Pläne dazu erarbeiten.

Ein weiteres Hauptziel für den bevorstehenden Herbst und Winter wird es sein, bei den Gesprächen mit der EVP bezüglich eines offiziellen Status innerhalb der EVP, Fortschritte zu erzielen. Direkt vor der Sommerpause hatten wir dazu einen Brief an EVP-Präsident Donald Tusk geschrieben, in dem wir herausstellen, was wir beisteuern können. Außerdem soll Ende November natürlich das verschobene Jahrestreffen nachgeholt werden – entweder in Brüssel oder online.

Zusammengefasst haben wir im vergangenen Jahr Fortschritte erzielt und schauen mit wachsender Zuversicht in die Zukunft.

Aus dem Englischen übersetzt von der Unioncorn-Redaktion

Der neue Vorstand

Im Oktober 2019 wählte die Alliance auf ihrer Jahresversammlung in Oslo folgende Mitglieder in den internationalen Vorstand:



Fredrik Saweståhl, Öppna Moderater, President
Helge Ytterøy L'orange, Åpne Høyre, Vice president
Alexander Vogt, LSU
Gerben Horst, CDA Pride
Hannu Heikkinen, Kasary, Treasurer
Eoghan Howe, Fine Gael LGBT
Rasmus Ericsson, Öppna Kristdemokrater
Joris Poschet, CD&V Regenboogenetwerk (abgelöst durch Orry
Van de Wouwer im April 2020)



Noch keine Anerkennung der LSU

CDU vertagt Entscheidung zu Programm und Satzung

ie CDU hatte sich viel vorgenommen für den kommenden Bundesparteitag im Dezember. Ein neues Grundsatzprogramm sollte beraten und verabschiedet werden, Änderungen der Satzung waren geplant und die Wahl eines neuen Vorstands steht auch an. Aufgrund der Corona-Pandemie soll der Bundesparteitag nun aber auf einen Tag verkürzt werden. Am 4. Dezember sollen dann Vorstand und Präsidium neu gewählt werden. Das Grundsatzprogramm und auch die Satzungsänderung werden derweil vertagt auf das kommende Jahr.

Die Diskussion zur parteiinternen gestaffelten Frauenquote wird damit genau so aufgeschoben wie die offizielle Anerkennung der LSU. Im vergangenen Jahr hatte die CDU Berlin auf Vorschlag der LSU Berlin den Antrag auf Aufnahme der LSU ins CDU-Statut gestellt. Der Bundesparteitag 2019 hatte die Entscheidung darüber zusammen mit weiteren Anträgen zur Satzungsänderung (wie etwa die Frauenquote) in eine Struktur- und Satzungskommission delegiert. Diese Kommission hatte nun den Vorschlag erarbeitet, wonach die LSU als Sonderorganisation aufgenommen werden sollte - auf einer Stufe mit dem RCDS.

Das Grundsatzprogramm und die Ergebnisse der Strukturund Satzungskommission sollen durch den neu zu wählenden Vorstand so wie vorliegend vorangebracht und finalisiert werden, hat CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak am Montag erklärt. Mit



Der Bundesparteitag der CDU findet unter strengsten Hygieneregeln statt. Das Programm wird deshalb verkürzt.

wenigen Gegenstimmen hat der aktuelle Bundesvorstand diesen Wunsch an den kommenden Vorstand formuliert.

Grundsatzprogramm: Seit mehreren Jahren arbeitet die CDU Deutschlands nun schon an der Erneuerung des Parteiprogramms. Angefangen hatte diesen Prozess Anfang 2018 noch Annegret Kramp-Karrenbauer. Damals reiste sie als frisch gewählte Generalsekretärin mit ihrer Zuhör-Tour durch die Republik. Später folgte die Erarbeitung von Leitfragen und eine Behandlung derselben in neu berufenen Bundesfachausschüssen.

Sowohl bei der Zuhör-Tour als auch in den Bundesfachausschüs-

sen (Bfa) hat sich die LSU bereits engagiert eingebracht. Beispielsweise in Thüringen beteiligte sich die dortige Verbandsspitze am Dialog mit der Generalsekretärin. LSU-Bundeschef Alexander Vogt ist Mitglied im Bundesfachausschuss "Gesellschaftlicher Zusammenhalt", LSU-Bundesschatzmeister Uwe Bruchhausen ist im Bfa "Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land" tätig und Marcus Schneider aus Berlin arbeitet im Bfa "Soziale Sicherung und Arbeitswelt" mit.

Bundesvorsitz: Eigentlich hätte die Neuwahl des Bundesvorsitzenden nach dem angekündigten Rückzug von Annegret Kramp-Karrenbauer bereits im April stattfinden sollen. Doch die Corona-Pandemie verhinderte kurzfristig den Sonderparteitag. Bislang haben Armin Laschet, Friedrich Merz und Norbert Röttgen offiziell ihre Kandidaturen erklärt, es ist aber auch noch möglich, dass sich erst auf dem Parteitag selbst jemand zur Wahl stellt. Auch Jens Spahn wird inzwischen von manchen eine eigenständige Kandidatur zugetraut. Bislang hatte er sich nur bereit erklärt, in einer Art Teamlösung mit NRW-Ministerpräsident Laschet zu kandidieren. Formal bedeutete das: Laschet wird Parteichef und Spahn einer seiner Stellvertreter. Wer auch immer gewählt wird: Die LSU setzt große Hoffnung darin, dass auch ein neuer Parteichef die Anerkennung der LSU unterstützen wird. Zuletzt hatte sich sogar Merz zustimmend zu diesem Vorschlag geäußert.

Stärker aus der Krise

Andersraum e.V. verzeichnet Mitgliederzuwächse

it einem Sommerfest im Biergarten meldete sich der hannoversche Andersraum e.V. aus dem entbehrungsreichen Corona-Halbjahr zurück. Seit März hat es weder im Andersraum noch im Jugendzentrum QueerUnity Gruppentreffen geben können. Auch der CSD Hannover konnte nicht wie gewohnt stattfinden. Doch das Team vom Andersraum zeigte sich kreativ: Gruppentreffen und Seminare wurden ebenso ins Internet verlegt wie der Christopher Street Day.

Insgesamt kommt der Andersraum wohl stärker aus der Krise heraus, als er hineingegangen ist. Wie Andersraum-Geschäftsführer Michael Schröder berichten konnte, hat der Verein inzwischen mehr Mitglieder als jemals zuvor. Auch das Sammeln von Spenden zur Kompensation von ausgefallenen Einnahmen zeigte sich offenbar als Erfolg.

Hinzu kommt, dass der Andersraum zuletzt noch mehr Unterstützung und Solidarität erfahren hat. Das zeigte sich auch daran, wie viele Gäste aus Politik und Stadtgesellschaft zum Sommerfest des Vereins erschienen waren. Neben Vize-Regionspräsidenten Michael Dette waren auch zwölf Abgeordnete aus Regionsparlament und Stadtrat im Gretchen-Biergarten mit von der Partie. Darunter waren auch Georgia Jeschke und Thomas Klapproth für die CDU-Ratsfraktion. Die LSU war vertreten durch Sven Alexander van der Wardt und Matthias Eitenbenz.





Neues Ziel: Besuchsdienst

In emotionalen Worten schil-Andersraum-Koordinatorin Corinna Weiler, dass trotz der digitalen Angebote nicht alle mitgenommen werden konnten. Einen regel<u>mä</u>ßigen Besucher des queeren Zentrums habe sie seit Beginn der Pandemie nicht mehr gesehen. Da er altersbedingt und aufgrund von Vorerkrankungen das Haus kaum noch verlässt, sei der Kontakt nahezu abgebrochen. Corinna Weiler kam daher auf eine neue Idee: Braucht es vielleicht künftig einen Besuchsdienst für die LSBTI-Community?



Ideen für künftige Finanzierung

Die Krise hat gezeigt: Wenn es drauf ankommt, schauen alle ganz genau hin, welche Strukturen sie unbedingt erhalten wollen. Offenbar gehört der Andersraum für viele dazu. Lässt sich daraus womöglich ein neues Finanzierungsmodell entwickeln? Die Förderung aus öffentlichen Haushalten wird künftig schwieriger werden – es ist schlichtweg weniger Geld da. Kann die Community nicht versuchen, sich stärker selbst zu finanzieren?

Eine digitale CSD-Saison

Bundesweit erfuhr die LSU großen Zuspruch

ahr für Jahr absolvieren die Lesben und Schwulen in der Union ein ganz besonderes Sommerprogramm. Rund um den 28. Juni wird weltweit der Stonewall-Aufstände gedacht, die 1969 in der New Yorker Christopher Street stattfanden. Damals wehrten sich unterdrückte Homosexuelle, stigmatisierte und ausgegrenzte Transsexuelle und Drag Queens gegen die zunehmende Polizeiwillkür und -gewalt.

Daraus entstanden die mittlerweile weithin bekannten "Christopher Street Days" - eine Mischung aus bunter Parade und politischer Kundgebung. Inzwischen findet etwa von April bis September an so gut wie jedem Wochenende in irgendeiner Stadt in der Bundesrepublik ein CSD statt. Und wann immer es die LSU einrichten kann, ist sie dort auch vertreten, wirbt für die eigenen Positionen und ist das Gesicht der Christdemokratie auf diesen Events.

In diesem Jahr sah das allerdings ganz anders aus. Wie zahllose andere Veranstaltungen, mussten vielerorts auch die CSDs abgesagt werden. Manfanden digital statt, wie beispielweise in Hannover oder Berlin. Andere wurden kurzerhand zu Fahrrad-Demonstrationen umgeplant, wie etwa in Oldenburg oder Hamburg.

Die LSU hat sich derweil

für einen ganz eigenen digitalen CSD eingesetzt. Aus der Not heraus wurde eine Idee geboren, die der Anerkennung der LSU innerhalb der Unionsfamilie so stark Ausdruck verliehen hat, wie wenig anderes zuvor. Nicht nur in Niedersachsen, wo wir mit dem digitalen CSD-Hannover und den Videobotschaften von Dirk Toepffer, Max Oppelt, Jesse Jeng und Kai Seefried den Anfang machten. Auch in vielen anderen LSU Landesverbänden zeigten Unionspolitiker Flagge - und zwar Regenbogenflagge. Der NRW-LSU gelang es, innerhalb zwölf von Wochen 18 CDU-Persönlichkeiten für

zu gewinnen, darunter etwa der CDU-Oberbürgermeister Essen, Thomas Kufen. In Hessen meldete sich unter anderem die Frankfurter Abgeordnete Verena David zu Wort. In Baden-Württemberg sprach der dortige Generalsekretär Manuel Hagel und in Berlin produzierte der gesamte LSU-Landesverband ein aufwendiges Pride-Video mit zahlreichen Mitgliedern. Für Niedersachsen, Bremen und Hamburg erhielten wir insgesamt 17 Grüße per Video zu den einzelnen Pride-Events. Für dieses starke Zeichen der Unterstützung sagen wir an dieser Stelle einmal für den gesamten Verband: Danke.

Eine Sammlung unserer digitalen CSD-Botschaften finden Sie hier: bit.ly/CSDdigital2020

Statements

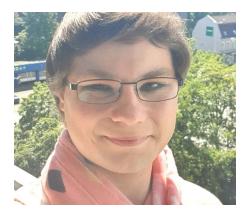
»Und wie wir CDU sind!«

Lauras Kandidatur gefällt nicht jedem, aber der CDU

aura interessiert sich nicht nur für ihre Mitmenschen und für ihre Stadt. Laura engagiert sich auch dafür. Deshalb kandidierte die Schülerin am 13. September für die Bezirksvertretung ihrer Heimat Mühlheim an der Ruhr. Laura ist CDU-Mitglied, sie ist in der Jungen Union. Und sie ist Mitglied der LSU.

Als die Junge Union vor ein paar Wochen ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahlen in den sozialen Netzwerken vorstellte, brach nach der Vorstellung von Laura Patricia Kasprowski eine Welle von Hass, Hetze und Beleidigungen über die Junge Union Mühlheim hinweg. Und all das nur, weil Laura transident ist.

"CDU ist einfach unnormal peinlich geworden. beiseite mit



diesem linksgrünem Gerede", schrieb etwa ein Nutzer. Ein anderer fragte: "Ist das noch CDU?"

Die Junge Union Mühlheim reagierte prompt: "Euch sagen wir von Herzen: Und wie wir CDU sind! Denn unsere Volkspartei baut auf jene Menschen, die sich gesellschaftlich einbringen, Kommunalpolitik weiter bringen und sich dabei nicht von Hatern und Zweiflern unterkriegen lassen.

Und genau das werden wir tun. Laura, wir stehen hinter dir!"

Auch die LSU unterstützte sie natürlich: "Laura und alle unsere Mitglieder, die sich um entsprechende Mandate und Positionen bewerben, haben unsere vollste Unterstützung und Hochachtung verdient", schrieb die NRW-LSU kurz darauf bei Facebook.

Weitere Unterstützung erhielt Laura auch von Florian Braun, JU-Landeschef und Mitglied des Landtags. Auf Twitter teilte er den Beitrag der JU Mühlheim und schrieb dazu: "Viel Erfolg Laura und @JungeUnionMH! Ihr seid ein tolles Team und macht einen tollen Wahlkampf! Von den gehässigen Kommentaren nicht unterkriegen lassen - finde es super, wie viel Zuspruch und Unterstützung Laura erhält."

Lockerung bei Blutspende in Sicht

Spahn stellt kürzere Rückstellfrist in Aussicht

m Streit um diskriminierende Regelungen bei der Zulassung zur Blutspende zeichnet sich eine Veränderung ab. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat kürzlich erklärt, die Rückstellfrist für homosexuelle Männer auf vier Monate zu verringern. Im November soll es weitere Gespräche mit Experten zu diesem Thema geben. Bisher ist es so, dass Männer, die sexuelle Kontakte mit Männern haben. mindestens zwölf Monate enthaltsam leben müssen, bevor sie Blut spenden dürfen.

Seit Jahren fordern Interessenverbände, den pauschalen Ausschluss aufzuheben. Zuletzt war für Männer, die Sex mit Männern haben, eine Abstinenzfrist von zwölf Monaten festgelegt worden, während andere Risikogruppen sehr viel kürzer ohne sexuelle Kontakte leben müssen. Heterosexuelle Paare müssen gar nicht enthaltsam leben, um Blut spenden zu können.

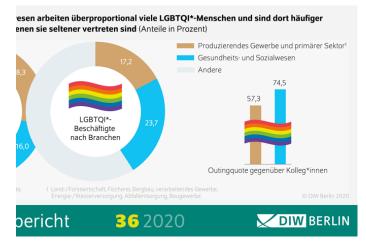
In den zurückliegenden Monaten haben nun vermehrt Akteure ihren Unmut über diese Regelungen zum Ausdruck gebracht.

Auch die allgemein sinkende Bereitschaft Blutspende zur während der Corona-Pandemie befeuerte die Diskussion. Der Bundestag fasste kürzlich das Transfusionsgesetz neu und legte fest, dass die Ausschlusskriterien regelmäßig dem Stand der Wissenschaft anzupassen seien. Nach zahlreichen anderen Landesparlamenten, unter anderem dem Niedersächsischen Landtag, hat zuletzt auch der Landtag des Saarlands für ein Ende des defacto-Blutspendeverbots für Homosexuelle votiert.



Unser Antrag an den Rat





Im Einsatz für Vielfalt

Dietrich neue Ansprechperson der Polizei

Leon Dietrich ist seit Mai hauptamtliche Ansprechperson für LSBTI der Polizei Niedersachsen mit Sitz in Hannover. Er koordiniert und vernetzt die Arbeit aller Ansprechpersonen im Land. Weitere gibt es bei den Polizeidirektionen Lüneburg, Braunschweig und Göttingen. "Auch die Polizei Niedersachsen ist genau wie die Gesellschaft sehr bunt und vielseitig geworden, wir gehen mit dem Takt der Zeit und darum ist dieses Amt so wichtig."

Jugendgruppe für Lehrte

JU und CDU stellen Antrag im Stadtrat

Die Junge Union Lehrte hat sich mit einer unerwarteten Forderung hervorgetan. Die Jungunionisten fordern die Einrichtung einer queeren Jugendgruppe in ihrer Stadt. "Homosexuelle Jugendliche haben ein vier- bis siebenmal so hohes Suizidrisiko wie ihre heterosexuellen Gleichaltrigen. Wir wollen diese Jugendlichen schützen", begründet Fiene Kohn den Antrag, den sie mit der CDU in Lehrte in den Rat einbrachten.

Landesvorstand tagte live

Videokonferenzen bleiben dennoch geplant

Erstmals seit Beginn der Corona-Pandemie hat sich der LSU-Landesvorstand Ende August wieder zu einer Präsenzsitzung getroffen. Um für ausreichend Abstand und Frischluft zu sorgen, trafen sich vier der sechs Vorstandsmitglieder in einem Biergarten in Hannover. Da aufgrund der nach wie vor gebotenen Vorsicht zwei Vorstandsmitglieder nicht nach Hannover reisen konnten, wird der Landesvorstand weiterhin auch auf Videokonferenzen setzen.

30 Prozent werden diskriminiert

LSU diskutiert digital über neue DIW-Studie

Diskriminiert am Arbeitsplatz? Laut einer neuen Studien zur Arbeitsmarktsituation von LSBTI haben das 30 Prozent der Homosexuellen bereits erlebt. Bei Transsexuellen waren es sogar 40 Prozent. Ein Drittel zeige die eigene sexuelle Identität nicht offen gegenüber Kollegen. Die Ergebnisse dieser Studie sind Thema beim nächsten digitalen LSU-Stammtisch am Donnerstag, 17. September um 19 Uhr in unserem Webex-Raum "Unioncorner".